# Rats-Protokoll

über die

## Außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l.-f. Stadt Steyr

am Freitag, den 23. Februar 1917.

**Tagesordnung:**

**Beratung über die im Statthaltereierlasse vom 10. Februar 1917 gestellten Anforderungen:**

1. Kanalisierung und Wasserleitung.
2. Fäkalienabfuhr.
3. Kehrichtabfuhr.
4. Straßenreinigung.
5. Reform der Bauordnung und Aufstellung eines Stadtregulierungsplanes.
6. Erbauung einer Infektionsabteilung beim neuen Krankenhaus.

Gegenwärtig:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Jul. Gschaider; Vorsitzenderstellvertreter: Herr Vizebürgermeister Ferdinand Gründler; die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Ammerstorfer, Heinrich Bachmayr, Wilhelm Denkmayr, Leopold Erb, Leopold Haller, Dr. Karl Harant, Josef Huber jun., Franz Kattner, August Mitter, Viktor Ortler, Franz Schwertfelner, Franz Tribrunner und Karl Wöhrer.

Als Schriftführer fungiert der städt. Kanzlist Gustav Wania.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Gemeinderäte: Ludwig Binderberger, Gottlieb Dantlgraber, Otto Dunkl, Josef Haidenthaller und Franz Kirchberger.

Zur militärischen Dienstleistung sind eingerückt: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt, die Herren Gemeinderäte Anton Kurz, Josef Langoth, Anton Sighart und Josef Wokral.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die Herren Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 3 Uhr nachmittags für eröffnet.

Als Verifikatoren werden gewählt die Herren Gemeinderäte Franz Aigner und Karl Wöhrer.

Es wird sodann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Der Herr Vorsitzende äußert sich, daß er heute den Gemeinderat zu einer Sitzung einberufen habe, bei der sehr wichtige Fragen auf der Tagesordnung stünden. Infolge der Typhusepidemie in Steyr sei eine vom Kriegsministerium zusammengestellte Sanitätskommission hier anwesend, welche Beratungen und Untersuchungen über den Stand und die Bekämpfung der Typhusepidemie in Steyr angestellt habe, welche aber auch Nachschau hielt über Mängel im Gesundheitswesen unserer Stadt, sowie, ob solche auch in einzelnen Häusern vorhanden seien. Die Fehler, die hier im Allgemeinen in der Gesundheitspflege bestehen, wurden von der Kommission festgestellt, der k. k. Statthalterei in Linz übermittelt und diese hat die Aufgaben, die der Stadtgemeinde Steyr obliegen, in einem Erlasse herabgegeben mit dem Auftrage, die darin enthaltenen Vorkehrungen tunlichst rasch durchzuführen. Redner stellt fest, daß die meisten dieser Vorkehrungen ohnehin, wie dies aus den Gemeinderatsprotokollen ersichtlich ist, schon früher geplant wurden; die Durchführung aber infolge der außerordentlichen Ereignisse, welche eingetreten sind, zurückgestellt werden mußte, da diese jetzt in der Kriegszeit infolge der Schwierigkeit der Materialbeschaffung und durch die sehr bedeutend erhöhten Kosten als nicht gleich durchführbar erschienen. Nun, da wir den Auftrag haben, diese Sache durchzuführen, muß wohl oder übel an diese herangeschritten werden. Er hoffe aber auch, daß uns die Regierung in Ansehung der großen Schwierigkeiten und der außerordentlich erhöhten Kosten hilfreich beistehen wird, damit die Lasten, welche unserer Stadt daraus erwachsen, nicht unerschwinglich groß werden. Herr Vizebürgermeister Gründler sei so liebenswürdig gewesen, für die heutige Sitzung das Referat zu übernehmen und erteile er ihm hiezu das Wort.

**1. Beratung über die im Statthaltereierlasse vom 10. Februar 1917 gestellten Anforderungen.**

Von seiten der k. k. Statthalterei in Linz ist der Stadtgemeinde Steyr unterm 10. Februar l. J. folgender Erlaß zugekommen:

Nr. 71/V.

Steyr, **Typhusepidemie.**

An die

Stadtgemeindevorstehung Steyr.

Die im Verlaufe des zur Beseitigung der gegenwärtig in Steyr herrschenden Typhusepidemie eingeleiteten Verfahrens vorgenommenen Erhebungen haben nach dem Bericht des k. k. Landessanitätsinspektors eine Reihe sehr erheblicher Mängel der sanitären Einrichtungen in der Stadt Steyr:

Die Kanalisation ist nur teilweise und zwar unregelmäßig und stückweise, teils in Betonbau, teils in durchlässigen Mauerwerke durchgeführt. Die Kanäle münden innerhalb des Stadtgebietes in die Enns und Steyr, so daß es nach den epodezologischen Erfahrungen erklärlich ist, daß die nahe diesen Flußläufen gelegenen Stadtteile von den Baracken und Wohnungen auf der Ennsleiten abgesehen, das größte Kontingent der Typhuserkrankungen aufzuweisen haben.

Für eine sanitäre einwandfreie Entleerung der in den nicht kanalisierten Stadtgebieten vorhandenen Senkgruben und Abfuhr ihres Inhaltes, sowie für die unschädliche Beseitigung des Kehr-

richtes, welcher derzeit in der Regel an den Böschungen der Flußufer abgelagert wird, ist keine Vorsorge getroffen.

Es kommt auch vor, daß mehrere Häuser nur eine Abortanlage besitzen und der Hausunrat einfach auf die Straße entleert wird.

Eine einheitliche Wasserversorgungsanlage ist nicht vorhanden und der teilweise Mangel an genügenden Mengen von einwandfreien Trink- und Nutzwasser ist insbesondere in Lebensmittelgewerbebetrieben mit sanitären Nachteilen verbunden.

Die Straßenreinigung ist sehr mangelhaft. Die meist engen Gassen und Straßen erschweren nicht nur den Verkehr, sondern auch den Zutritt von Licht und Luft in die Wohnungen der Häuser, deren veraltete bauliche Anlage den modernen hygienischen Anforderungen zumeist nicht entspricht.

Zur Unterbringung der an Typhus oder Typhusverdacht erkrankten Personen mußte mangels eines Epidemiespitales nicht bloß das bereits aufgelassene St. Annaspital, sondern auch das k. u. k. Reservespital in der Jägerkaserne in Anspruch genommen werden.

Die Stadtgemeindevorstehung wird daher neuerlich auf Grund des § 4 a. R. S. G. aufgefordert, unter Bedachtnahme auf die in den Sitzungen der gemischten Sanitätskommission am 24. und 29. Jänner und am 7. Februar l. J. gefaßten Beschlüsse unverzüglich die entsprechenden Vorkehrungen zur Behebung der sanitären Mängel zu treffen.

Es wird zunächst für die Regelung der sanitär einwandfreien Entleerung und Abfuhr der Fäkalien aus den Senkgruben, sowie des Kehrrichtes, ferner für die Feststellung und strenge Handhabung einer Straßenreinigungsordnung Sorge zu tragen sein, es werden die Vorarbeiten für die Herstellung einer zentralisierten Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlage ernstlich in Angriff zu nehmen und weiterhin die geeigneten Schritte für eine zeitgemäße Reform der Bauordnung und für die Aufstellung eines Stadtregulierungsplanes einzuleiten sein.

Besonders dringlich erscheint aber nach der anläßlich der herrschenden Typhusepidemie gewonnenen Erfahrungen die Errichtung eines Infektionsspitales bei dem neuen städtischen Krankenhaus.

Die Stadtgemeindevorstehung wird daher aufgefordert, unverzüglich die nötigen Vorarbeiten für die Bereitstellung eines Infektionsspitales in Angriff zu nehmen und dieselben derart zu beschleunigen, daß der Bau noch in diesem Jahre zur Ausführung kommt.

Bei Bemessung des Belegraumes dieses Infektionsspitales wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß wegen der ungünstigen Wohnungsverhältnisse des größten Teiles der Stadtbevölkerung in der Regel die gesetzlichen Bedingungen für die Absonderung der Infektionskranken in ihren Wohnungen nicht gegeben sind und daher die Absonderung solcher Kranken vielfach im Infektionsspitale notwendig werden wird.

Bei diesem Anlasse wird auch dahin zu wirken sein, den Belegraum des Infektionsspitales derart auszugestalten, daß genügend Räume, bereitgestellt werden, welche zur isolierten Pflege von Tuberkulosen in Verwendung genommen werden können.

Ueber die in Ausführung dieses Erlasses gefaßten Beschlüsse des Gemeinderates wird zuverläßig bis längstens 1. April 1917 Bericht gewärtigt.

Für den k. k. Statthalter:

Chotek m. p.

Der Herr Referent bemerkt hiezu, daß wie aus diesem Erlasse entnommen werden könne, die Stadtgemeinde von seite der Statthalterei Linz infolge der jetzt in Steyr aufgetretenen Typhusepidemie und um eine weitere Seuchengefahr für Steyr hintanzuhalten, aufgefordert worden sei, eine Reihe von sanitären Verbesserungen und Vorkehrungen durchzuführen. Wenn auch die Entstehung und direkte Ursache des Typhus vielleicht nicht auf den Mangel dieser sanitären Vorkehrungen zurückzuführen sei, wenn auch mit Sicherheit festgestellt werden könne, daß der Typhus eigentlich nicht in Steyr entstanden sei, sondern von auswärts eingeschleppt worden ist, so ist es doch selbstverständliche Pflicht und Aufgabe des Gemeinderates, mit allen Kräften Sorge zu tragen und Vorkehrungen zu treffen, daß die Typhusepidemie in Steyr so rasch als möglich zu Ende geführt wird. Wie der Herr Bürgermeister bereits ausgeführt, hat der Gemeinderat der Stadt Steyr schon wiederholt vor dem Kriege sich mit diesen Fragen beschäftigt. Es sind diesbezüglich bereits einleitende Schritte geschehen, leider war die weitere Ausführung aller dieser Einrichtungen infolge Eintritt des Krieges nicht möglich. Nun sei die Typhusepidemie in Steyr in so bedeutendem Umfang ausgebrochen, daß diese wichtigen Fragen nun wiederum in Vordergrund treten und alles aufgewendet werden muß, damit diese Vorkehrungen und sanitären Verbesserungen so rasch als möglich durchgeführt werden.

Wie bekannt, haben in dieser Woche verschiedene Sitzungen der Sanitätskommission stattgefunden, zu welchen der Herr Bürgermeister und Vertreter der Gemeinde geladen waren, wo diese Uebelstände und Verbesserungen beraten und festgelegt wurden. Von seiten der k. k. Statthalterei in Linz wird uns nun eine ganze Reihe von Forderungen auf den Tisch gelegt, über welche heute der Gemeinderat zu beraten und zu beschließen haben wird.

Eine der wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der sanitären Fürsorge ist die Frage der Einrichtung einer modernen Kanalisation und einer modernen Wasserleitung. Wie ja bekannt, haben diese Fragen den Gemeinderat schon wiederholt beschäftigt und sind auch Stimmen aus dem Publikum nach Wunsch einer solchen Wasserleitung und Kanalisation laut geworden. Es sind ja bereits vor dem Kriege diesbezügliche einleitende Schritte gemacht worden und hat sich auch der Herr Bürgermeister eifrigst bemüht, entsprechende Quellen für eine Wasserleitung ausfindig zu machen. Der Herr Bürgermeister ist diesbezüglich, wie bekannt, auch mit dem Ministerium in Verbindung getreten und hat auch die Beistellung von Fachmännern zugesichert erhalten. Der Krieg hat aber leider die Ausführung aller Pläne unmöglich gemacht. Die Wasserbeschaffung in Steyr geschieht auf verschiedene Weise. Steyr wird versorgt durch die städtische Wasserleitung, die leider wieder nur auf einen kleinen Stadtteil beschränkt ist. Steyr wird auch versorgt durch eine Reihe privater Wasserleitungen und Brunnen. Wenn auch im großen und ganzen über die Güte dieser Trinkwässer keine besonderen Klagen in sanitärer Beziehung laut geworden sind, so haben sich doch im Verlaufe der Jahre vereinzelte Typhusfälle in Steyr gezeigt, welche nach genauer Untersuchung auf die schlechte Beschaffenheit des einen oder des anderen Brunnen zurückzuführen waren.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Gefahr am Besten dadurch beseitigt wird, daß man daran geht, eine moderne Wasserleitung für unsere Stadt zu schaffen. Hand in Hand mit dieser Wasserleitung hat auch die Kanalisierung zu geschehen und bezüglich dieser Kanalisierung sind die Verhältnisse in Steyr noch bedeutend schwieriger, als wie bei der Wasserleitung. Was die Kanalisierung anbelangt, ist Steyr leider sehr im Rückstande geblieben. Nur wenige Straßenzüge haben betonierte Kanäle, die meisten haben die durchlässigen Mauerkanäle und münden diese Kanäle meist in bewohnten Gebieten in die Flüsse, was stets sanitäre Gefahren für Steyr bedeutet.

Was die Durchführung der Wasserleitung und Kanalisierung für Steyr betrifft, so ist diese infolge der Terrainverhältnisse eine sehr schwierige, insbesonders die Frage der Zentralisierung. Er habe nur noch zu erwähnen, daß es ganze Straßenzüge in Steyr gebe, in welchen sich noch Senkgruben befinden und man wisse auch, daß die Entleerung dieser Senkgruben nicht in einwandfreier Weise geschieht. Der Herr Bürgermeister hat sich schon während seiner Amtstätigkeit wiederholt dem Studium der Wasserleitungs- und Kanalisierungsfrage gewidmet und hat zur heutigen Sitzung folgenden Bericht übergeben:

Die ersten, im Jahre 1914 gepflogenen Vorerhebungen bezüglich der Einführung einer allgemeinen Wasserleitung wurden durch den Krieg unterbrochen und war beabsichtigt, diese erst nach Eintritt geordneter Verhältnisse wieder aufzunehmen. Obzwar die Durchführung der Anlage, so wünschenswert diese jetzt schon wäre, im Kriege wegen unerschwinglich hoher Kosten, teilweiser Unmöglichkeit der Materialbeschaffung, Mangel an Arbeitskräften ausgeschlossen erscheint, so können doch die Vorarbeiten wieder aufgenommen werden, damit später alles zur Durchführung bereit ist.

In erster Linie ist zur Einleitung der Vorarbeiten die Mitwirkung eines Wasserleitungsfachmannes notwendig. Als solcher wurde mir seitens des Herrn Oberstabsarztes Professor Graßberger, Bauinspektor Schneider in Payerbach bezeichnet. Ich habe mich bereits an diesen gewendet und erhielt die Antwort, daß er gerne bereit sei, sich der Beratung der Stadt Steyr in Wasserleitungsangelegenheiten zu widmen, vorausgesetzt, daß er die Bewilligung des Magistrates Wien hiezu erhalte.

Ich schlage vor, den genannten Herrn als Berater der Stadtgemeinde anzuerkennen, nötigenfalls noch einen Geologen beizuziehen und nach deren Gutachten vorzugehen.

Bezüglich der weiteren Durchführung, Planentwerfung u. dergl., sowie betreffend Durchführung der Kanalisierung hätte der Wasserleitungs- und Kanalisierungsausschuß Erhebungen zu pflegen, hierüber zu beraten und geeignete Vorschläge dem Gemeinderate zu erstatten.

Steyr, am 21. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Auf Grund dieses Berichtes des Herrn Bürgermeisters und auf Grund der eingangs von ihm gemachten Ausführungen bezüglich der Kanalisierungsfrage stelle er zu Punkt 1, Kanalisierung und Wasserleitung, folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat beauftrage den Wasser- und Kanalisierungsausschuß unverzüglich die nötigen Schritte zu unternehmen und sich mit geeigneten Fachleuten in Verbindung zu setzen, damit die Vorarbeiten für eine zentrale Wasserleitung und einheitliche Kanalisierung tunlichst beschleunigt werden und die Errichtung dieser Anlagen in möglichst kurzer Zeit zustande kommt.

Wird einstimmig angenommen.

**2. Fäkalienabfuhr.**

Der Herr Referent erklärt, daß unter den von seiten der k. k. Statthalterei geforderten bezüglichen Verbesserungen der sanitären Verhältnisse in Steyr in erster Linie die Fäkalienabfuhr verlangt wird. Man wisse, daß bezüglich der Fäkalienabfuhr in Steyr wohl noch keine besonderen sanitären Vorrichtungen bestehen, die vom sanitären Standpunkte aus einwandfrei wären. Wie schon früher bemerkt, gibt es in Steyr eine ganze Reihe von Senkgruben, die leider nicht gründlich entleert, und diese Entleerung geschieht wiederum nicht auf vollkommen einwandfreie Weise. Es ist dies immer eine unangenehme Sache für den betreffenden Hausbesitzer und dessen Nachbarn. Er sei überzeugt, daß es bei einer ganzen Reihe von Hausbesitzern begrüßt würde, wenn die Fäkalienabfuhr von seite der Gemeinde durchgeführt wird. Damit diese Sache bezüglich der Einführung der Fäkalienabfuhr, welche die Anschaffung von Fäkalienwagen notwendig macht, nicht länger hinausgezogen wird und nachdem hiebei auch mit längeren Lieferungsfristen zu rechnen ist, hat die Bausektion die Bestellung von 2 Fäkalienwagen in Liesing vorgenommen und wird der Gemeinderat diesbezüglich seine nachträgliche Genehmigung zu geben haben.

Hinsichtlich dieser Fäkalienabfuhr ist selbstverständlich auch bei anderen Städten, die eine solche Einrichtung besitzen, angefragt worden und liegt ein diesbezüglicher Bericht von der Stadtgemeinde Wels vor, welcher dahin lautet, daß sich diese Fäkalienwagen sehr gut bewährt haben.

Von seiten des Herrn Bürgermeisters liegt nun zu diesem Punkte folgender Bericht vor:

Die kriegsministerielle Sanitätskommission, welche zur Bekämpfung der Typhusepidemie hier weilt, hat zur Durchführung gesundheitlicher Maßnahmen verlangt, daß die im Stadtgebiete vorhandenen Senkgruben öfters und gründlich entleert und zu diesem Behufe seitens der Stadtgemeinde zwei zeitgemäße Fäkalienwagen beschafft werden sollen.

Die Stadtgemeinde ist bloß im Besitze eines veralteten Pumpenwagens, der den heutigen Anforderungen keineswegs genügt. Es wird sich daher empfehlen, dem Verlangen der Kommission Rechnung zu tragen und zwei entsprechende Fäkalienwagen zu beschaffen.

Ich habe zu diesem Behufe ein Anbot der bestbekannten Firma Parsche und Weisse in Liesing eingefordert und schlage vor, laut diesem Anbote zwei automatische Latrinenwagen mit 15 hl Inhalt zum Preise von je 5056 Kr., das ist zusammen 10.112 Kr. zu beschaffen. Diese Wagen erzeugen im Kessel durch eine während des Fahrens betätigte Pumpe einen luftverdünnten Raum, durch welchen beim Füllen die Fäkalien rasch und geruchlos eingesaugt werden.

Da nach Aufhören der Epidemie zweifellos 1 Wagen genügen wird, kann der andere laut Auskunft der Fabrik durch Anbringung einer Brause und eines Regelgestänges leicht in einen brauchbaren Sprengwagen umgewandelt werden, der in den nicht mit Wasserleitung versehenen Stadtteilen zu arbeiten hätte. Das Füllen mit Wasser aus den Flüssen, Teichen usw. würde hiebei bedeutend einfacher sein, als bei den bisher in Verwendung stehenden Wagen, da er das Wasser selbst ansaugt und somit das zeitraubende Einpumpen entfällt. Die Beschaffung der Fäkalwagen ist sehr dringend und soll daher gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates erfolgen.

Steyr, am 6. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Nun handle es sich darum, den Platz zu finden, wo die Fäkalien abgelagert werden. Diesbezüglich habe eine Kommission stattgefunden, an der Herr Bürgermeister und Herr Stadtphysikus Holub teilgenommen haben und würde vorderhand hiefür die Unterhimmlerau ins Auge gefaßt. Diese Au ist deshalb für uns sehr günstig gelegen, weil sie sich gerade in der Nähe jener Stadtteile (Aichet, Kegelpriel, Eisenfeld usw.) befindet, wo eben die meisten Senkgruben vorhanden sind.

Ueber diese Fäkalienablagerung berichtet der Herr Bürgermeister folgendes:

Zum Zwecke der Fäkalienablagerung sind nach dem Beschluße der kriegsministeriellen Sanitätskommission Fäkalgruben zu errichten, damit das Entleeren in den Steyrfluß, das als sanitär bedenklich angesehen wird, aufhört. Als geeigneter Ort wurde durch kommissionele Besichtigung die Unterhimmlerau bezeichnet. Die Fäkalgrube wäre so anzulegen, daß sie allseitig mindestens 50 m von jedem Wasserlaufe entfernt ist. Ich schlage vor, die dritte Sektion mit der Durchführung zu betrauen.

Steyr, am 20. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Der Herr Referent stellt nun auf Grund dieses Berichtes und seiner sonstigen Ausführungen folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat genehmige die seitens der Bausektion bereits vorgenommene Bestellung der zwei automatischen Fäkalienwagen im beiläufigen Anschaffungspreise von rund 10.000 Kr. und ermächtige dieselbe, die seitens der Sanitätskommission vorgeschlagene Fäkaliengrube herstellen zu lassen.

Einstimmig angenommen.

**3. Kehrichtabfuhr.**

Der Herr Referent erklärt, daß die Frage der Kehrichtabfuhr eine äußerst wichtige und einschneidende sei. Diese Frage ist deshalb wichtig, weil sie bedeutende und große Kosten verursacht, andererseits aber auch sehr schwierig, weil die Durchführung dieser Abfuhr in Steyr nicht so einfach sein wird. Wie man wisse, bestehen jetzt in Steyr einige Plätze, auf welchen die Hausbesitzer ihren Kehricht usw. abzulagern hätten. Es komme aber sehr häufig vor, daß der Kehricht einfach in die Flüsse hineingeworfen wird, ja sogar auf der Böschung derselben liegen bleibt, so daß ganze Haufen entstehen, welche weder in sanitärer Hinsicht entsprechen, noch schön zu nennen sind.

Der Herr Referent erklärt weiters, daß die Einführung der Kehrichtabfuhr ziemlich bedeutende Kosten verursachen werde. Man sei leider noch nicht informiert, wie hoch diese Kosten sein werden. Diesbezüglich habe man sich an die Firma Austria gewendet, welche eine Firma ersten Ranges ist, die ebenfalls im Vereine mit der Firma Parsche und Weisse in den nächsten Tagen ein diesbezügliches Angebot zusenden werde. Es ist veranlaßt worden, daß Vertreter dieser Firma nach Steyr kommen, damit man sehe, wie hoch sich die Kosten stellen werden. Es ist selbstverständlich, daß man sich bezüglich der Kehrichtabfuhr auch an andere Städte gewendet hat, welche diese Kehrichtabfuhr bereits mit Erfolg eingeführt haben. Insbesondere habe man sich in dieser Hinsicht an die Landeshauptstadt Linz gewendet, und hat Herr Bürgermeister zu diesem Behufe Herrn Ingenieur Treml dorthin entsendet, um sich über diese Einrichtung genauestens zu informieren und hat dieser auch einen diesbezüglichen Bericht vorgelegt. (Der Herr Referent bringt diesen Bericht zur Verlesung.)

Weitere Auskünfte habe man auch von der Stadtgemeinde Gmunden, die ebenfalls eine solche Einrichtung besitzt, erhalten und lautete das Ergebnis darüber günstig.

Wie nun aus diesen beiden Berichten entnommen werden könne, ist jedenfalls das Gmundner System „Kolonia" das modernere und praktischere.

Auf jeden Fall wird die Einführung einer solchen Kehrichtabfuhr unbedingt von seiten der k. k. Statthalterei gefordert, auf welche Weise dies zu ge-

schehen hat, wird Sache einer Beratung, welche die dritte Sektion im Einvernehmen mit der Sanitätskommission zu pflegen hat, sein. Jedenfalls aber wird diese Kehrichtabfuhr in einer modernen Form vom Gemeinderate heute zu beschließen sein und erlaube er sich, diesbezüglich noch folgenden Bericht des Herrn Bürgermeisters zur Kenntnis des Gemeinderates zu bringen.

Auf die Einführung einer zeitgemäßen Kehrichtabfuhr in Steyr wird seitens der kriegsministeriellen Sanitätskommission, sowie auch seitens der vorgesetzten Behörden besonders Gewicht gelegt. Zweifellos ist, daß die Steyrer Kehrichtabfuhr dermalen sehr im Argen liegt, da die Hausabfälle keineswegs an den hiezu bestimmten Orten abgelagert, sondern im ganzen Stadtgebiet, insbesonders an den Flußböschungen verstreut werden, was einerseits einen äußerst unschönen Anblick bietet, andererseits aber tatsächlich schwere gesundheitliche Bedenken auslöst.

Abhilfe kann nur durch eine geregelte städtische Kehrichtabfuhr geschaffen werden. In jedem Hause ist bei einer solchen eine der Größe des Hauses angemessene Zahl zum Kehrichtwagen passender Gefäße aufgestellt, in die der Kehricht zu geben ist. Diese Gefäße sind wöchentlich zweimal zu entleeren, was gegen Entrichtung einer Gebühr seitens der Stadtgemeinde mittelst eigener Kehrichtabfuhrwagen besorgt wird.

Da die Stadtgemeinde Gmunden mit dem System „Kolonia" laut Zuschrift sehr gute Erfahrungen gemacht hat, während sich das System Füpert-Loos in Linz, scheinbar weniger bewährt, würde ich es als zweckmäßig erachten, wenn der Obmann oder der Obmannstellvertreter der dritten Sektion mit dem städtischen Ingenieur nach Gmunden fahren würde, um die Sache an Ort und Stelle zu besichtigen. Bei günstigen Auskünften wäre dann mit den Austria-Werken, die gemeinsam mit der Firma Parsche und Weisse in Liesing dieses System erzeugen, in nähere Verbindung zu treten. Die Durchführung wäre der dritten Sektion zu übertragen.

Steyr, am 21. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Der Herr Referent stellt hierauf folgenden Antrag:

Die dritte Sektion wird beauftragt, nach Fühlungnahme mit der kriegsministeriellen Sanitätskommission über eine geeignete Kehrichtabfuhr dem Gemeinderate Bericht zu erstatten und entsprechende Vorschläge zu deren Durchführung raschest zu machen.

Herr Gemeinderat Mitter ist für eine diesbezügliche Einrichtung, wie sie derzeit in Innsbruck besteht. Dort stehe in jedem Haus eine Blechkiste mit selbstschließendem Deckel, wo sämtliche Hausparteien ihren Kehricht hineinwerfen. Dieser Kehricht wird nicht ausgeschüttet, sondern samt der Blechkiste auf einen Wagen gehoben und von dort eine bereitgestellte leere Kiste wieder in das Haus hineingestellt, so daß keine Entleerung stattfindet und auch kein Wagen beschmutzt wird.

Herr Gemeinderat Erb schließt sich dem Herrn Vorredner an, indem er erklärt, daß diese Innsbrucker Kehrichtabfuhr weitaus sympatischer sei, als Wagen mit automatischem Verschluß, die die Quelle fortgesetzter Verdrießlichkeiten seien. Erstens sei dabei zu berücksichtigen, welches Personal damit umgeht. Es wird diesbezüglich keine besonders ruhige oder solide Behandlung sein und werden sich dabei auch andere Schwierigkeiten ergeben. Er ersuche deshalb die Sektion, von der Automatik überhaupt abzusehen, denn theoretisch sei es ja schön ausgedacht, aber praktisch sei es nicht weit her, denn nach dreimaliger Benützung funktioniere oftmals die Automatik nicht mehr und ganz richtig hat auch der Herr Ingenieur des Bauamtes in seinem Berichte bemerkt, daß die meisten Reparaturen die Automatik erfordere. Der Vorschlag des Herrn Gemeinderates Mitter, die Blechkisten auszuwechseln und dafür eine leere hinzustellen, gefalle ihm viel besser, komme viel billiger, braucht weniger Reparaturen und sei auch die ganze Manipulation viel billiger. Auch das Linzer System scheine nicht mehr auf der Höhe zu sein. Er ersuche deshalb die dritte Sektion, das Innsbrucker System ganz besonders in Aussicht zu nehmen. Nach dem Berichte der Stadtgemeinde Gmunden komme diese Einrichtung samt dem Fuhrwerk jährlich auf zirka 13.000 Kr. Vergleiche man die Einwohnerzahl von Gmunden mit der von Steyr, das ist die vierfache Zahl, so komme man für Steyr auf 50.000 bis 60.000 Kr. im Jahre. Außerdem kommen hiezu noch die Reparaturkosten für eine große Anzahl von Blechkisten, sowie die Löhne für die hiebei notwendigen Arbeiter. So komme man auf eine Kostensumme, die mit der Zeit ins Ungeheure wachse. Hiebei müßte auch noch mit dem Umstande gerechnet werden, ob man das zu diesen Arbeiten notwendige Personal bekomme. Er bitte deshalb nochmals, hiebei vom praktischen Gesichtspunkte aus vorzugehen. Etwas anzuschaffen, was unter den gleichen Verhältnissen billiger zu bekommen sei, als das andere, welches bedeutende Kosten verursacht, ist eigentlich selbstverständlich. Redner ist der Ansicht, daß jemand nach Innsbruck geschickt werde, der das dortige System genau studiert. Innsbruck ist eine Stadt, die, was Straßenreinigungswesen anbelangt, mustergültig genannt werden kann und glaube er, daß man sich viel leichter zu dem Innsbrucker System entschließen wird.

Herr Gemeinderat Dr. Harant erklärt, daß ja der Antrag des Herrn Vizebürgermeisters vorläufig nur sehr allgemein gehalten sei und eigentlich darauf hinaus gehe, diese Angelegenheit vorerst zu studieren und dann zu schaffen. Gleichzeitig sei er aber auch mit einem Antrage, der bezüglich der Kosten annehmbarer sei, ebenfalls einverstanden, weshalb er auch den Aeußerungen des Herrn Gemeinderates Erb vollkommen beipflichte. Leider werde sich bis dahin die Kehrichtabfuhr nicht anders abspielen als wie heute und da wäre es wohl von Wert, wenn bezüglich der Kehrichtabfuhr in allen Häusern ein Verbot ergehen würde, daß der Kehricht nicht wieder in den Fluß geschüttet wird und wäre es gut, wenn speziell hier an der Enns einige Aufmerksamkeit diesem Gegenstande gewidmet werden würde.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß diesbezügliche Vorkehrungen früher schon einmal gemacht wurden, indem tagsüber zwei Wachleute am Kai patrouillieren gingen, um diesen Uebelstand entgegenzutreten. Bei Tag habe sich wohl niemand gezeigt, jedoch wurden bei Nacht die Kehrichte in den Fluß geworfen, sodaß am folgenden Tage der ganze Unrat auf der Uferböschung lag. Was die Anregung bezüglich des Innsbrucker Systems betreffe, so könne die dritte Sektion auch dieses ins Auge fassen und studieren, ob dieses System besser geeignet sei, als das andere.

Der Herr Referent erklärt, daß sein Antrag der dritten Sektion einen großen Spielraum zwecks Studium aller dieser Fragen überlassen hat. Auch das Studium der finanziellen Angelegenheit wird hier notwendig sein.

Herr Gemeinderat Aigner ist der Ansicht, daß sich diese Angelegenheit nach der Ausarbeitung ganz anders gestalten wird, wie man sich das jetzt vorstelle. In Steyr wird sich dies infolge der vielen engen Straßen und Gassen nicht so leicht durchführen lassen, wie in anderen Orten. Auch bezüglich der Kehrichtabfuhr werden sich verschiedenartige Schwierigkeiten ergeben. Er möchte deshalb zum Ausdrucke bringen, daß die dritte Sektion auf diverse Umstände wird Rücksicht nehmen müssen, die undurchführbar sein werden.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

### 4. Straßenreinigung.

Der Herr Referent erklärt, daß die Straßenreinigung ein Kapitel ist, das schon zu Friedenszeiten dem Gemeinderate große Sorgen gemacht hat. Leider ist dies jetzt noch mehr der Fall, da infolge des Krieges ein bedeutender Mangel an Arbeitskräften ist. Es sei wirklich wahr und er sage es offen heraus, daß der Zustand unserer Straßen manchmal ein sehr schlechter ist. Der Hauptgrund dieses Uebelstandes liege leider darin, daß viele unserer Straßen einen schlechten Unterbau haben und daß wir unter einem großen Mangel an Arbeitskräften leiden. Dies sei besonders jetzt der Fall. Es ist unmöglich, von diesen wenigen Leuten zu verlangen, daß sie alle unsere vielen Straßen gleichzeitig in Ordnung halten können. Leider ist es vielleicht nirgends so schwer, Arbeitskräfte aufzutreiben wie in Steyr und wir wissen auch, daß jeder arbeitsfähige Mann trachtet, in die Waffenfabrik zu kommen. Es würde deshalb das Beste sein, wenn sich der Herr Bürgermeister mit den Militärbehörden ins Einvernehmen setzt, um für einige Zeit zum Zwecke der Reinigung der Straßen Militärpersonen zu erhalten, damit unsere Straßen gründlicher und rascher gereinigt werden können. Es wird aber für später notwendig sein, die menschlichen Kräfte teilweise durch maschinelle Einrichtungen zu ersetzen und es sei daher die Anschaffung einer Kotabziehmaschine und einer fahrbaren Straßenbürste sehr zu empfehlen. Es wird auch notwendig sein, daß die Hausbesitzer etwas dazu beitragen, daß die Straßen sauber und rein gehalten werden damit auch die Gehsteige sich in besserer Ordnung befinden, wie dies in letzterer Zeit der Fall war. Er erlaube sich deshalb, an das Reinlichkeits-

gefühl der Steyrer Hausbesitzer zu appellieren und zu bitten, die Gemeinde bei der Reinigung der Straßen soweit zu unterstützen, daß sie die Gehsteige in Ordnung halten, um so unserer Stadt ein besseres Bild zu geben, als es jetzt der Fall ist.

Der Herr Bürgermeister hat über dieses Kapitel folgenden Bericht vorgelegt:

Die durch den Krieg entstandenen Verhältnisse haben ungünstig auf die Durchführung der Straßenreinigung eingewirkt. War es schon im Frieden schwierig, eine entsprechende Straßenpflege durchzuführen, so ist dies jetzt noch mehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Die meisten Straßen der Stadt sind ungepflastert, ihre Abnützung infolge des starken Verkehres durch Schwerfuhrwerk und insbesondere durch die Eisenreifen der Lastautomobile eine sehr große. Als Folgeerscheinung tritt starke Schmutz- und Staubbildung auf. Die Reinigung der gepflasterten Straßen wird durch den Umstand erschwert, daß diese meist eng und für Licht und Luft wenig zugänglich sind. Dazu kommt noch der aus den ungepflasterten Straßen und auch insbesondere von den Bauplätzen durch Fußgänger und Wagen mitgeschleppte Schmutz, der eine zähe, schwer zu entfernende Kruste bildet. Die vorhandenen Arbeitskräfte, im Verlaufe des Krieges stark vermindert und aus meist halb arbeitsunfähigen Leuten bestehend, reichen nicht aus, um die verlangten Arbeiten durchzuführen.

Mit Kriegsgefangenen zu arbeiten erscheint untunlich, da deren Verpflegung und Unterbringung der Stadtgemeinde zufallen würde und es unter den bestehenden Verhältnissen unmöglich erscheint, dies durchzuführen. Sträflinge, um welche wiederholt eingeschritten wurde, konnten seitens der Strafanstaltsleitung nie zur Verfügung gestellt werden.

Vielleicht wäre es möglich, eine Abteilung militärischer Arbeiter zu bekommen.

Außerdem wäre es nach meiner Meinung günstig, die fehlenden menschlichen Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen und schlage ich deshalb vor, einen Versuch mit Straßenreinigungsmaschinen zu machen und zwar mit einer Kotabziehmaschine und einer fahrbaren Straßenbürste. Außerdem wäre dort, wo dies tunlich erscheint, das Abwaschen der gepflasterten Straßen so oft als möglich durchzuführen.

Im übrigen wäre das städtische Bauamt zu beauftragen, der dritten Sektion entsprechende Vorschläge zu machen.

Steyr, am 21. Februar 1917.

Julius Gschaider,
Bürgermeister.

Der Herr Referent berichtet weiter:

Gleichzeitig mit diesen Vorschlägen bezüglich der Straßenreinigung ist es notwendig, unsere Straßenpolizeiordnung, welche noch aus dem Jahre 1899 stammt und daher nicht mehr modern genannt werden könne, einer Revision zu unterziehen.

Er erlaube sich daher, im Sinne dieser Ausführungen folgenden Antrag zu stellen:

Um die Straßenreinigung besser und gründlicher durchführen zu können, wird die dritte Sektion beauftragt, nach Möglichkeit Arbeitskräfte zu bestellen und der Herr Bürgermeister ersucht, um die Zuteilung militärischer Kräfte bemüht zu sein.

Zum Zwecke besserer und rascherer Reinigung der Straßen, Gassen und Plätze wird die dritte Sektion ermächtigt, eine fahrbare Straßenbürste und eine Kotabziehmaschine anzuschaffen.

Bei Neuanlage der Wasserleitung ist für eine möglichst ausreichende Anzahl von Hydranten Vorsorge zu treffen.

Die erste und dritte Sektion ist weiters zu beauftragen, die Sicherheits- und Straßenpolizeiordnung vom 14. Dezember 1890 einer gründlichen Durchsicht und Ueberprüfung zu unterziehen, eine neue zeitgemäße Verordnung zu entwerfen und diese ehemöglichst dem Gemeinderate vorzulegen.

Schließlich wird die dritte Sektion beauftragt, für die Unterkunftsmöglichkeit der vorerwähnten Fuhrwerke und sonstigen Anschaffungen Sorge zu tragen.

Herr Gemeinderat Tribrunner erklärt, daß er zunächst den Antrag des Herrn Vizebürgermeisters bezüglich Straßenreinigung unterstütze. Er spreche aber auch zugleich den Wunsch aus, daß die Hausbesitzer zur Reinhaltung der Gehsteige verhalten werden sollen. Insbesonders sei dies im Winter wünschenswert, wo ganze Berge von Eiskrusten entstehen und man sich direkt anhalten müsse, um nicht zu Fall zu kommen und da wäre es denn doch gut, wenn die Polizei von Haus zu Haus ginge und den Hausbesitzern den Auftrag geben würde, daß sie den Gehsteig reinigen.

Weiters sei er bezüglich Straßenreinigung noch der Ansicht, doch einen Versuch mit Kriegsgefangenen zu machen, nachdem sich jetzt vielleicht Schwierigkeiten bezüglich Beschaffung von sonstigen Arbeitskräften ergeben werden. Er sei der Ansicht, daß die Kriegsgefangenen die Stadt in zirka 14 Tagen gründlich durchgearbeitet haben könnten. Sollten tatsächlich bezüglich Unterbringung dieser Gefangenen Schwierigkeiten bestehen, so solle man doch an die Militärbehörde herantreten, daß diese für eine Unterkunft derselben Sorge trage, eventuell könnte diesbezüglich auch an die Waffenfabrik herangetreten werden. Auch sei in Betracht zu ziehen, daß es in den Militärlagern im Hinterlande viele Militärpersonen gebe die zu solchen Arbeiten herangezogen werden könnten und möchte er den Herrn Bürgermeister ersuchen, sich diesbezüglich mit den Militärkommanden in Verbindung zu setzen.

Herr Gemeinderat Huber erklärt, daß der Gemeinderat nunmehr durch 4 Punkte der dritten Sektion ein Programm zugewiesen habe, welches von großem Umfange erscheine. Es sei klar, daß die dritte Sektion alle diese Fragen nicht allein lösen wird können. Desungeachtet wird die Sektion ihr Möglichstes tun, um allen diesen Fragen gerecht zu werden. Er sage dies deshalb, weil es notwendig sein wird, durch Zuziehung von eigentlichen Komitees, wie z. B. eines solchen für Spitalbau und für Assanierungszwecke zur Kanalisierung und Wasserleitung der dritten Sektion einen Teil dieser Arbeiten abzunehmen und eventuell auch Herren der anderen Sektionen beizuziehen, damit alle diese Arbeiten Hand in Hand vor sich gehen. Die dritte Sektion beschränke sich leider heute infolge Einrückungen auf wenige Mitglieder und stehen deshalb weniger Kräfte zur Verfügung. Es braucht daher auch die dritte Sektion die tatkräftigste Unterstützung des Amtes selbst, denn nur durch diese Unterstützung kann die dritte Sektion allen heute vorgebrachten Anträgen gerecht werden und wird es weitere Aufgabe der Sektion sein, durch Personalvermehrung des Amtes die Möglichkeit zur Durchführung dieser Arbeiten zu bieten. Wir brauchen aber auch besonders hiebei die werktätige Unterstützung der Bevölkerung selbst. Es gibt auch in der Bevölkerung sehr viele Herren, die in dieser Sache manches Verständnis haben und in dieser Beziehung spreche er auch den Wunsch aus, daß die Oeffentlichkeit eventuell beratend und beratschlagend zur Seite stehen möge. Es sei damit nicht geholfen, wenn über dieses oder jenes in den Gasthäusern herumgeschimpft wird, sondern hier müsse zusammengeholfen und die Gemeinde auch in entsprechender Weise unterstützt werden. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß wir hiebei unbedingt und hauptsächlich den guten Willen unserer Hausbesitzer benötigen werden, durch diese Unterstützung werden sich die Hausbesitzer selbst eine Wohltat erweisen. Es wird sich aber auch nicht vermeiden lassen, daß der eine oder der andere Besitzer von Häusern, Gründen und so weiter vielleicht auch teilweise geschädigt, teilweise über manches ungünstig sprechen wird und da wird es unsere Aufgabe sein, mit diesen Fühlung zu nehmen. Es werden sich auch Momente ergeben wo auch auf finanziellem Gebiete Schwierigkeiten bestehen werden. Um dies nun soviel als möglich zu vermeiden, ist es notwendig, daß auch die Bevölkerung mit dem Gemeinderate Fühlung nimmt, keine Sonderbestrebungen herrschen, damit die Sache nicht erschwert oder gar unmöglich gemacht wird.

Er gestatte sich noch, zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung Stellung zu nehmen. Der erste Punkt Kanalisierung und Wasserleitung bietet ein Feld auf dem späterhin sämtliche Herren intensiv mitarbeiten werden müssen. Wie schon erwähnt, sollen hier besondere Rücksichten auf die in Steyr herrschenden Verhältnisse geübt werden, nachdem man außerordentliche Schwierigkeiten vor sich habe, wo es Aufgabe der Sektion und des Gemeinderates sein wird, besonders mit Bedacht und Vorsicht zu arbeiten. Man habe in Steyr so viele Ausnahmsfälle, wie nicht bald wo in einer anderen Stadt. Er weise nur hin auf einzelne Fälle, z. B. Bestehen von privaten Wasserleitungen, wo schon schwere Summen investiert wurden. Es wird Aufgabe des Gemeinderates sein, diese Anlagen entsprechend mitzuverbinden und womöglich den rein örtlichen Verhältnissen anzupassen, um nicht durch Neuanlagen altes und gutes zu zerschlagen und spreche er weiter den Wunsch aus, daß jene Kommissionen, die von auswärts herkommen, sich die diversen Programme und Vorschläge vor Augen führen und daß wir in dieser Beziehung außerordentliche Verhältnisse haben.

Bezüglich der Fäkalienabfuhr ist dies eine Sache, die sofort zu machen sei. Wegen Kehrichtabfuhr sei bereits in jeder Hinsicht soviel gesprochen worden, daß er darüber hinweg gehen könne. Selbstverständlich

schließe er sich dem Antrage des Herrn Referenten vollinhaltlich an.

Die Straßenreinigung sei wohl eine alte Misere, nachdem unsere Straßen keinen guten Unterbau haben und auch die Materialbeschaffung keine günstige genannt werden könne. Der Gemeinderat und die dritte Sektion haben ja durch eine Reihe von Jahren das Möglichste getan, durch Anschaffung der Straßenwalze usw. Auch hat sich der Herr Bürgermeister im Vereine mit der Bausektion mit den verschiedenartigsten Beschotterungen beschäftigt. Unser Zukunftsprogramm muß jedoch sein, den größten Teil unserer immer mehr und mehr in Anspruch genommenen Straßen zu pflastern. Eine solche Pflasterung kann jedoch erst nach Einführung der Kanalisation und Wasserleitung in Angriff genommen werden. Nur ein ordentliches Straßenpflaster in den verkehrsreichen Straßen unserer Stadt wird der intensiven Inanspruchnahme, dann den Lastwagenverkehr der Waffenfabrik, lange standhalten können und sich auch nur dann eine gründliche Reinigung durchführen lassen.

Herr Gemeinderat Harant erklärt bezüglich Straßenreinigung, daß ihm die Zuhilfenahme von Kriegsgefangenen am sympatischesten gewesen wäre. Leider könne man solche nach dem Berichte des Herrn Bürgermeisters infolge Mangel an Unterkunftsorten nicht beigestellt erhalten. Er möchte deshalb seiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß, wenn man schon vor dem Kriege so üble Erfahrungen mit den Arbeitskräften gemacht habe und diese Leute tatsächlich nicht in der Lage waren, diese Arbeiten einwandfrei zu machen, man dadurch abhelfen könne, daß einige jüngere Leute angeworben und diese auch entsprechend bezahlt werden würden. Diese Zahlung würde sich auch rentieren und wird bei den großen Summen, von denen man heute gehört habe, keine Rolle spielen, da man zugleich auch bessere Arbeitskräfte habe. Er glaube, daß man auf diese Weise am besten fahren würde.

Der Herr Bürgermeister erwidert auf die Ausführungen des Herrn Gemeinderates Tribrunner, daß man bezüglich Unterbringung der Kriegsgefangenen in Steyr auf große Schwierigkeiten stoße. Diese in den Schulen unterzubringen, sei nicht möglich weil der Unterricht in den Schulen bereits am Montag wieder beginne. Auch die Verpflegung würde große Schwierigkeiten bereiten. Kriegsgefangene, die vom Militär verpflegt und untergebracht sind, erhalte man leider nicht.

Bezüglich des Herantretens an die Hausbesitzer bemerke er, daß er bereits schon früher eine Reihe von Aufträgen gegeben habe, daß dort, wo gepflasterte Gehsteige vorhanden sind, von Haus zu Haus gegangen wird, damit diese gereinigt werden. Leider seien aber dieser Aufforderung nur die Hausbesitzer in der Stadt und in der Bismarckstraße vollinhaltlich nachgekommen. Wegen Straßenreinigung sei er noch der Ansicht, daß die betreffenden Maschinen versuchsweise eingeführt werden, und glaube er, daß sich diese gut bewähren werden.

Der Antrag gelangt zur einstimmigen Annahme.

### 5. Reform der Bauordnung und Aufstellung eines Stadtregulierungsplanes.

Der Herr Referent erklärt, daß er seiner Meinung nach zu diesem Punkte nicht viel sprechen müsse, wenn man in Betracht ziehe, daß unsere Bauordnung aus dem Jahre 1875 stamme, somit eine ganz veraltete zu nennen ist.

Der Bericht des Herrn Bürgermeisters hierüber lautet:

Zweifellos ist eine Verbesserung unserer aus dem Jahre 1875 stammenden ganz veralteten Bauverordnung notwendig. Die Herstellung einer solchen ist jedoch nicht leicht und dürfte es sich empfehlen, sich diesbezüglich an Bauordnungen anderer Städte zu halten. Die Landeshauptstadt Linz arbeitet schon seit längerem an einer neuen Bauordnung. Ich würde raten, die Fertigstellung derselben abzuwarten. Seitens des Linzer Magistrates wurde uns zugesagt, daß wir sofort nach Fertigstellung eine Bauordnung zur Verfügung erhalten; vielleicht ist es möglich, für die beiden Städte gleiche Bauordnungen einzuführen, wie dies schon früher der Fall war.

Die Anlegung eines Stadtregulierungsplanes ist wohl für die äußeren Stadtteile möglich und sehr wünschenswert. In der inneren, historischen Charakter tragenden Stadt wird diese jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, obwohl gerade dort die engen, vom sanitären Standpunkte aus am meisten regulierungsbedürftigen Straßen und Gassen sind.

Das Bauamt wäre zu beauftragen diese Fragen zu studieren und der dritten Sektion zwecks Vorlage an den Gemeinderat Bericht zu erstatten.

Steyr, am 21. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Es wird daher von seiten des Herrn Referenten folgender Antrag gestellt:

Es sind seitens der ersten und dritten Sektion die nötigen Schritte einzuleiten, um die aus dem Jahre 1875 stammende Bauordnung durch eine neue zeitgemäße zu ersetzen. Bezüglich des Stadtregulierungsplanes wird die dritte Sektion beauftragt, diese Frage zu studieren und geeignete Vorschläge zu erstatten.

Herr Gemeinderat Huber erklärt bezüglich Anlegung eines Stadtregulierungs- und Verbauungsplanes, daß dies für Steyr außerordentlich schwierig sei. Einen Stadtregulierungs- und Verbauungsplan finde man gewöhnlich in Städten, die ebenes Terrain haben und wo man schon für bestimmt voraussagen kann, dieselbe werde in dieser oder jener Richtung sich ausbreiten. Diese Bedingung sei von Wichtigkeit, treffe aber in Steyr wenig zu. Er bemerke hiebei, daß zum Beispiel die Anlage der neuen Waffenfabrik eigentlich ein überraschendes Problem war, denn jedermann hätte vor einigen Jahren noch die Ansicht ausgesprochen, daß nicht dort eine Fabrik, sondern allenfalls Villen oder ein Krankenhaus gebaut werden könnte. Es sei aber anders gekommen, als man vorausgesehen habe. Seiner Ansicht nach könne eine Regulierung vielleicht projektiert werden, aber es können Verkäufe von Häusern etc. eintreten, sodaß diese Regulierungs- und Verbauungsprojekte nicht eingehalten werden können. Er glaube, daß diese Angelegenheit um so mehr große Schwierigkeiten in Steyr ergebe durch das Vorhandensein der vielen engen Gassen und Straßen, gewundenen Flüße, durch die vielen Arme der Steyr usw. Man werde sich außerordentlich schwer tun, einen Regulierungsplan für die Zukunft auf 10 oder 20 Jahren zu entwerfen, weil es sich in der Praxis ganz anders zeigen wird, als man sich's in der Theorie vorstellt. Er wolle jedoch damit nicht sagen, daß in unserer Stadt gewisse Regulierungen nicht vorgenommen werden könnten, welche planmäßig schon festzulegen sind. Aber große Regulierungen nach deutschem Muster, wo Städte sich nach einer Richtung entwickeln müssen und auch die diversen Plätze usw. schon festgelegt sind, könne man in Steyr infolge der geringen Entwicklungsmöglichkeit nicht durchführen. Vielleicht könnte man durch Entwerfen von Straßenzügen usw. dahin wirken, daß sich die äußeren Stadtteile wenigstens besser entwickeln können und Projekte festgelegt werden, daß jeder Baulustige schon weiß, dort wird jene Straße, Kanäle usw. geführt. Eine Straßenregulierung könne jedoch wiederum nur durchgeführt werden, wenn die hiebei vorauszugehenden Probleme bereits gelöst sind. Im Uebrigen sei in mancher Beziehung schon durch die Anlage des Stadtlageplanes und die Durchführung der Höhenbemessungen etwas wirklich Nützliches geschehen.

Der vom Herrn Referenten vorgelegte Antrag gelangt sodann zur einstimmigen Annahme.

### 6. Erbauung einer Infektionsabteilung beim neuen Krankenhause.

Herr Vizebürgermeister erklärt, daß seinerzeit bei den Plänen und Vorarbeiten für das neue Spital auch für die Errichtung eines Infektionspavillons Sorge getragen wurde. Nachdem aber die Baukosten für beide, sowohl für das Spital, als auch für den Infektionspavillon so hohe gewesen wären, daß wahrscheinlich noch mehrere Jahre mit dem Baubeginn hätte zugewartet werden müssen, andererseits aber die Erbauung des Krankenhauses ein sehr dringender war, wurde vorderhand von der Erbauung des Infektionspavillons Abstand genommen. Daß man gut daran getan habe, nicht mehr länger zu warten, das habe die jetzige Zeit gelehrt, wo sich die Fertigstellung des neuen Krankenhauses als dringende Notwendigkeit erwiesen hat. Selbstverständlich habe die Spitalbaukommission da an gedacht, möglichst bald mit dem Bau eines Infektionspavillons zu beginnen und durch das äußerst dankenswerte Entgegenkommen der Waffenfabrik, welche rund 335.000 Kronen dazu beigetragen hat, war es möglich, der finanz. Frage des Baues rascher näher zu treten. Leider wurde man in der Ausführung dieses Baues durch die Kriegsereignisse aufgehalten, weil man keine Materialien bekommen konnte und auch die Baukosten außerordentlich große gewesen wären. Jetzt aber wird von seiten der k. k. Statthalterei eine möglichst rasche

Durchführung des Baues dieser Abteilung verlangt. Und es liegt auch kein Grund vor, das Projekt für diesen Bau hinauszuschieben, im Gegenteile, die jetzige Epidemie hat gezeigt, daß man so rasch als möglich an den Bau dieser Infektionsabteilung schreiten müsse.

Der Herr Bürgermeister habe ihm zu diesem Punkte folgenden Bericht übergeben:

Schon bei der ersten Ausschreibung der Krankenhauspläne wurde die Erbauung einer Infektionsabteilung vorgesehen. Mangel an Mitteln ließ die Ausführung bis heute nicht zustande kommen.

Nun hat im Vorjahre die Oesterreichische Waffenfabriksgesellschaft in dankenswerter Freigiebigkeit ein Drittelmillion Kronen für diesen Zweck gespendet.

Seitens der Spitalskommission wurde die Umarbeitung des vorliegenden Infektionspavillonsplanes durch Architekt Schimitzek vorgesehen. Sollte dieser Plan genügen, so wäre unverzüglich an die Ausschreibung des Baues zu schreiten, während im gegenteiligen Falle eine Planneuausschreibung vorzunehmen wäre, die allerdings die Ausführung stark verzögern dürfte.

Jedenfalls müßte bei der Erbauung der Infektionsabteilung auf die für diesen Zweck vorhandenen Mittel Rücksicht genommen werden.

Steyr, am 21. Februar 1917.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Herr Vizebürgermeister erklärt, daß aus dem Berichte des Herrn Bürgermeisters hervorgehe, daß der Gemeinderat sich heute zu entscheiden habe, ob der Bau dieses Infektionspavillons nach den Plänen Schimitzek sofort in Angriff zu nehmen, oder ob bezüglich der Pläne eine Neuausschreibung zu erfolgen habe. Er wolle den einzelnen Ausführungen nicht vorgreifen und möchte sich nur erlauben zu bemerken, daß es tatsächlich notwendig sein wird, diese Frage möglichst zu beschleunigen.

Er stelle deshalb folgenden Antrag:

Das Spitalbaukomitee wird beauftragt, unverzüglich die vorbereitenden Schritte zum Baue eines Infektionspavillons einzuleiten, die Herstellung der Pläne, Kostenvoranschläge etc. zu veranlassen, damit der Bau des Infektionspavillons ehemöglichst in Angriff genommen werden kann.

Ein weiterer Antrag lautet:

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, im Vereine mit dem Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Herrn Professor Leopold Erb bei den maßgebenden Regierungsstellen vorstellig zu werden, um eine möglichst ausgiebige finanzielle Unterstützung der Gemeinde bei Durchführung dieser wichtigen und dringenden sanitären Vorkehrungen zu erwirken.

Herr Gemeinderat Erb erklärt, daß ihm der letzte Punkt der Tagesordnung Gelegenheit gebe, noch auf verschiedene Fragen einzugehen. Vor allem muß hervorgehoben werden, daß es nicht angeht, daß in der heutigen Sitzung des Gemeinderates nicht dagegen Einwendung erhoben wird, daß die Typhusepidemie, die in Steyr ausgebrochen ist, vielleicht deshalb sich verbreitet hat, weil Steyr in dem sanitären Belange der hier geschilderten Punkte so weit zurück sei. Es müsse für die Zukunft festgelegt werden, daß der Typhus durch fremde Leute, die nach Steyr gekommen sind, hieher geschleppt worden ist und daß der erste Ausbreitungsherd und die meisten Typhusfälle sich dort eingestellt haben, wo diese Leute Aufenthalt genommen haben. Das wäre für alle Folge festzuhalten. Wenn früher auch hie und da ein Typhusfall in Steyr vorgekommen ist, so ist dies auch in anderen Städten der Fall, am meisten jedoch krassiere der Typhus in der Stadt Prag. Das sei eine nachweisbare Tatsache. Seiner Ansicht nach wäre es in Steyr von vorneherein nicht so weit gekommen, wenn gegen die betreffenden typhusverdächtigen Leute sofort und auch energisch gegen diese Krankheit eingeschritten worden wäre. Erst in zweiter Linie konnte es Sache der Gemeinde sein, sich dagegen zu wenden. Was für Leute nach Steyr gekommen sind, wissen alle, den die Straßen, Gassen und Plätze geben hievon Zeugnis, welches Reinlichkeitsgefühl unter einem Teile dieser Bevölkerung herrscht. Es graue einem direkt, irgend eine enge Gasse zu durchschreiten. Nachdem diese Fälle früher nicht so massenhaft vorgekommen sind, wie es jetzt der Fall ist, müssen dies Leute sein, die von auswärts gekommen sind und kann man sich daher von deren Reinlichkeitsgefühl einen Begriff machen. Er müsse schon sagen, daß die Stadt Steyr, wenn schon manches bezüglich sanitärer Einrichtungen mangelhaft ist, weder an dem Auftreten noch am Weiterverbreiten des Typhus schuld ist.

Nun wird seitens der Oberbehörde eine ganze Reihe sanitärer Verbesserungen unserer Stadt verlangt. Er werfe nun die Frage auf, ob diese Verbesserungen auch von den geschlossenen Nachbargemeinden Ulrich, Neuschönau und Garsten verlangt werden. Auch in Sierning wohnen eine ganze Menge Leute, welche nach Steyr hereinkommen. Was geschieht nun, wenn es in diesen Nachbargemeinden in sanitärer Hinsicht so bleibt, wie es jetzt ist? Was hilft alle Reinlichkeit, alle Einrichtungen in Steyr, wenn der Typhus aus der Umgebung hereingebracht wird. Gibt es seitens der Oberbehörde nicht auch diesbezügliche Aufträge für diese Nachbargemeinden? Es wäre deshalb seiner Ansicht nach vollkommen richtig, wenn die Stadtgemeinde Steyr als Antwort auf die an sie ergangenen Aufträge die Aufmerksamkeit der Oberbehörde auch auf diese Ortsgemeinden lenken würde.

Nun sei noch folgende Frage zu berücksichtigen. Man verlangt von uns seitens der Oberbehörde große finanzielle Opfer. Da könnte aber schon die Statthalterei als Aufsichtsbehörde über Krankenwesen, sowie über die Festsetzung der Spitalsverpflegsgebühren dafür sorgen, daß der Landesausschuß diese Gebühren trotz der teuren Zeiten nicht so unglaublich nieder bemesse, sondern bedeutend höhere Verpflegsgebühren festsetze, als bisher. In Oberösterreich hat der größte Teil der Landgemeinden keine sanitäre Pflege, weil sie keine Spitäler haben. Warum wird nicht darauf gedrungen, daß in Oberösterreich, so wie im Lande Niederösterreich Bezirkskrankenhäuser in allen größeren Orten errichtet werden? In Oberösterreich finde man wenige der reichen Landgemeinden, die ein Krankenhaus besitzen. Manche Gemeinden zahlen die Verpflegsgebühren überhaupt nicht aus, der Landesausschuß veranlaßt nicht, daß die Krankenkosten entsprechend hoch bezahlt werden, spart daran unerhört und beschneidet grundsätzlich sogar die Krankenverpflegsgelder. Wo bleibt die Oberbehörde? Das sind Verhältnisse, die auf die Dauer nicht ausgehalten werden können. Man wälzt einfach alles auf die Städte und kümmert sich um deren Finanzierung überhaupt nicht.

Er möchte deshalb beantragen, daß die Stadtgemeinde Steyr sich neuerdlich an die k. k. Statthalterei und an das Ministerium des Innern um Erhöhung der Krankenverpflegsgebühren wende und dies damit begründet werde, daß unsere Stadt neuerdings verpflichtet wurde, wesentliche Assanierungsvorkehrungen zu treffen, daß ein Ueberbelag im Krankenhause entstanden und an die Gemeinde dadurch große Anforderungen gestellt werden, weshalb sie die Unterstützung der Oberbehörden unbedingt notwendig hat.

Der Herr Bürgermeister habe auch davon gesprochen, daß die Stadt Steyr finanzielle Unterstützungen zu erhoffen habe. Solche Unterstützungen müßten wir seitens der k. k. Statthalterei insbesondere für Kanalisation und Wasserleitung erhalten. Außerdem würden seitens des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten auch Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Es wird notwendig sein, bezüglich Durchführung der finanziellen Fragen jetzt schon Vorkehrungen zu treffen, da man nicht wisse, ob man diese Unterstützungen auch wirklich entsprechend hoch bekomme.

Er stelle deshalb noch folgende Zusatzanträge:

„Die Finanzsektion ist zu beauftragen, die aus den angenommenen Anträgen sich ergebenden finanziellen Fragen zu prüfen und hierüber dem Gemeinderate geeignete Vorschläge zu unterbreiten."

„Die erste Sektion im Vereine mit der Spitalskommission hat dem Gemeinderate Anträge wegen baldigster Erhöhung der Verpflegsgebühren in den städtischen Krankenhäusern zu stellen."

Herr Gemeinderat Erb erklärt noch, er müsse sich entschieden dagegen wenden, daß der Plan betreffend die Erbauung des Infektionspavillons ohne weitere Prüfung dem Architekten Schimitzek zur Ausführung übermittelt werde. Er sei der Ansicht, daß eine Ueberprüfung der Pläne von seiten hiezu befugter Ingenieure notwendig ist und bitte er die dritte Sektion, sowie das Spitalbaukomitee, dafür einzutreten, daß die Sache gründlich gemacht wird und unbedingt nochmals eine Ueberprüfung der Pläne stattfinde. Er schließe sich ja dem an, daß dieser Bau baldigst fertiggestellt sein müsse, jedoch brauche derselbe deswegen nicht überstürzt zu werden.

Zum Schluße möchte er nur noch anregen, daß ein Teil der heute vorgebrachten Anträge und Wünsche in der Sanitätskommission selbst vorgebracht werde. Bei dieser Gelegenheit wäre es gut, wenn die Herren der Sanitätskommission auch auf die Umgebung der Waffenfabrik aufmerksam gemacht würden. Er erinnere nur daran, daß bei den Baracken auf der Enns-

leite eine Wirtschaft geherrscht habe, die einfach himmelschreiend gewesen ist, daß der Mist einfach in Haufen neben der Mistkrippe herumgelegen ist und daß man sich dort zu wenig um diese Verhältnisse gekümmert hat. Es ist auch von seite der Sanitätskommission eine Liste zur Verbesserung dieser Uebelstände eingeleitet worden. Die Epidemie wird vielleicht nicht mehr vorhanden sein, wenn alle diese Vorkehrungen durchgeführt sind, aber man müsse auf zugleich die Sicherheit haben, daß diese nicht mehr so leicht ausbricht und sich verbreitet.

Der Antrag des Herrn Referenten samt den beiden Zusatzanträgen des Herrn Gemeinderates Erb werden sodann einstimmig angenommen.

Der Herr Referent erklärt hierauf, daß heute der Gemeinderat durch die einstimmige Annahme aller Punkte der Tagesordnung die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Durchführung einer Reihe von sanitären Vorkehrungen anerkannt hatte. Die Herren haben den guten Willen des Gemeinderates gezeigt, alles zu tun, was in der Macht des Gemeinderates liegt, um unsere sanitären Verhältnisse zu verbessern. Es wurde auch ausgesprochen, daß der Stadt Steyr durch alle diese Fragen große und bedeutende Auslagen erwachsen werden, die diese bei den bescheidenen Mitteln, über die sie verfügt, nicht allein wird tragen können. Wie bereits Herr Gemeinderat Prof. Erb erwähnt habe, muß sich die Stadtgemeinde bezüglich der finanziellen Fragen wohl in erster Linie an das Land und an den Staat wenden, um von dieser Seite entsprechende und ausreichende Unterstützungen zu erhalten. Es wird aber jedenfalls zu erhoffen sein, daß auch andere Faktoren, größere Unternehmungen usw., welche an den heute beschlossenen sanitären Vorkehrungen der Stadt ebenfalls groß interessiert sind, eine ausgiebige finanzielle Beihilfe nicht versagen werden.

Zum Schlusse erklärt Herr Bürgermeister, daß der Gemeinderat die großzügigste Sitzung gehabt habe, die jemals hier abgehalten wurde. Wenn man bedenke, was es heißt, alle die Vorkehrungen, die auf Grund der Beschlüsse gefaßt wurden, zu treffen, insbesondere die Beratung der Kanalisations- und Wasserleitungsfrage, so ist dies allein schon ein Punkt von außerordentlicher Größe. Man habe Fragen zu erledigen, die auch bezüglich der Kosten bedeutender Studien bedürfen und alle diese Fragen in dieser schweren Zeit zu lösen, ist doppelt schwer. Der Wasserleitungs- und Kanalisationsausschuß und das Spitalbaukomitee haben sehr viele und große Arbeiten durchzuführen und insbesondere die dritte Sektion hat sich, obwohl mit den kleineren, aber immer noch groß genug erscheinenden Fragen zu befassen. Es wird genug Arbeit geben und diese wird um so schwerer fallen, weil jetzt die Verhältnisse solche sind, daß sich die Gemeinde auch noch mit anderen Agenden zu beschäftigen hat, so zum Beispiel mit der Approvisionierung, die ebenfalls sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Er wünsche, daß alle diese Vorkehrungen gut gelingen mögen, so daß die Stadt Steyr auch in Bezug auf die Gesundheitspflege als eine gut gepflegte, gesunde Stadt mit allen zeitgemäßen Einrichtungen anzusehen ist. Er bitte deshalb die Herren, in dieser Hinsicht fest mitzuarbeiten, denn nur mit Zusammenfassen aller Kräfte wird die große Aufgabe, die die heutige Sitzung gestellt hat, gelingen.

Der Herr Vorsitzende gibt hierauf noch bekannt, daß das Gaswerk infolge Kohlenmangels genötigt sei, die öffentliche Beleuchtung einzuschränken. Zu diesem Zwecke werden die Gaslaternen, bis auf die an den einzelnen Kreuzungspunkten um ½ 1 Uhr nachts ausgelöscht und habe er diesbezüglich Kundmachungen an die Bevölkerung in den Zeitungen ergehen lassen.

Herr Gemeinderat Huber spricht noch den Wunsch aus, es möge in Hinkunft bei den Gemeinderatssitzungen ein juristischer Beamter als Schriftführer und auch vom städtischen Bauamte ein Beamter anwesend sein, damit die im Gemeinderate vorgebrachten Wünsche etc. in vollkommener Weise vom Amte erfaßt und so viel wirksamer zur Durchführung kommen können.

Herr Bürgermeister erwidert, daß das nächstemal wiederum ein juristischer Beamter anwesend sein und er auch dafür Sorge tragen werde, daß in Hinkunft ein Beamter des Bauamtes den Gemeinderatssitzungen anwohne.

Hierauf Schluß der Sitzung um ¾ 6 Uhr abends.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Die Verifikatoren:

Carl Wöhner

Franz Aigner